

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsgesellschaft für Druck und Verlags- u. Vertriebsarbeiten, Dresden-11, Marienstraße 38/32, Telefon 25251. Postfach 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Stadtkommissars beim Oberbürgermeisteramt Dresden.

Verlagsgesellschaft für Druck und Verlags- u. Vertriebsarbeiten, Dresden-11, Marienstraße 38/32, Telefon 25251. Postfach 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Stadtkommissars beim Oberbürgermeisteramt Dresden.

Belagerungszustand über Rumänien

Parteien vorläufig kaltgestellt - Tatarescu Außenminister Englicher als die Engländer selbst

Bukarest, 11. Februar.

Die neue Regierung hat noch im Laufe der Nacht den Eid abgelegt. Durch königlichen Erlass ist der Belagerungszustand zur Aufrechterhaltung der Ordnung verhängt worden. Alle Machtmittel sind in die Hände der militärischen Organe gelegt worden, die auch die Pressezensur handhaben und Versammlungen verbieten und auflösen können. Vergehen werden durch die Militärgerichte abgeurteilt. Die Tätigkeit der Parteien wird bis zur Revision der Verfassung einstellend ausgelehrt. Das Parlament wird vorläufig nicht zusammentreten. Sämtliche Präfekten des Landes sind abberufen worden und durch Militärpräfekten ersetzt.

Bei der Eidesablegung des neuen Kabinetts hat König Carol eine Rede gehalten, in der er ankündigte, daß es ein außerordentliches Augenblick in der Geschichte des rumänischen Volkes sei. Er dankte dem Vaterlandsdiebstahl und dem Völkerverrat der ehemaligen Ministerpräsidenten, die sich zur Verfügung gestellt hätten. Rumänien trete in einen neuen Zeitraum ein, in dem Kräfte der Vergangenheit mit größter Energie und mit höchsten Verdiensten arbeiten müßten. Er, der König, wolle, daß jeder Minister bereit sei, ihm mit aller Energie zu helfen.

Der König richtete dann einen Aufruf an das Volk, in dem er davon spricht, daß Unruhe und Verwirrung in das Leben und in die Seele des rumänischen Volkes eingeschleht seien. Die verlangten nach einer Entscheidung, Rumänien müsse geteilt werden, und er sei entschlossen, dies zu tun. Aus diesem Grunde habe er eine neue Regierung unter der Präsidentschaft des rumänischen Patriarchen gebildet, eine Regierung von Männern der Verantwortung. Diese Regierung werde das Verwaltungsgeschehen des Staates kontrollieren und sich einen Wechsel der Verfassung entsprechend den Notwendigkeiten des Landes vorbehalten. Er, der König, habe sich entschlossen, diesen Weg mit aller Energie und mit der Ueberzeugung zu gehen, daß er für das Land notwendig sei.

Die neue rumänische Regierung

Gegen 3 Uhr früh wurde folgende Zusammenfassung der neuen rumänischen Regierung bekannt:
Ministerpräsident: Patriarch Nikon Chiriac.
Staatsminister: die ehemaligen Ministerpräsidenten Dr.

Anghelescu, Marschall Averescu, Professor Iorga, Mironescu, Balda-Rogvod, Patroianu und Tatarescu, der gleichzeitige Außenminister wurde.

Finanz- und vorläufig Justizminister: Cancicov (liberal).

Gesundheitsminister: Costinescu (liberal).

Kultur- und Unterrichtsminister: Iamandi (liberal).

Verkehrsminister: Dr. Angelescu (rumänische Front).

Arbeitsminister: Rihescu (rumänische Front).

Industrie- und Handelsminister: Argetoianu (Präsident der Agrarpartei).

Handelsminister: Prof. Ionescu-Efleschi (Vertreter des Prof. Iorga).

Innerminister: Calinescu (ehem. Nationalsozialist).

Minister für Krieg, Marine, Luftfahrt: General Ion Antonescu.

Unterstaatssekretär: General Paul Theodorescu.

Der Ministerpräsident Patriarch Nikon Chiriac, der im 72. Lebensjahre steht, ist seit 1925 Oberhaupt der rumänisch-orthodoxen Kirche und war vorher Bischof im Banat. Der Patriarch genießt ein außerordentlich großes Ansehen im rumänischen Volk. Von den ehemaligen Ministerpräsidenten sind nur Goga und Maniu nicht in das Kabinett eingetreten. General Antonescu, der Kriegsminister im Kabinett Goga war, hat das Marine- und Luftfahrtministerium noch hinzubekommen. Auch ihm hat noch der Innenminister Calinescu der Regierung Goga angehört.

Die für den 2. März anberaumten Wahlen sind durch königlichen Erlass ausgesetzt.

Sie möchten gern den Ausgang miteinander, die Engländer und die Iren. Es ist ein unerwarteter Zustand, wenn das Kriegsglück — man verleihe das lächerliche Bild — so langsam in der Luft schwebt und nur deshalb nicht in die Hand genommen wird, weil die Briten nicht auf einen Verlust in ihrer Krone verzichten wollen, während andererseits Irland von England wirtschaftlich völlig abhängig ist. Eine Sonderstellung nimmt Nordirland ein, das zwar zur Britischen Insel, aber nicht zum irischen Freistaat gehört. Hier haben am Mittwoch Wahlen stattgefunden. Soeben liegen die Ergebnisse vor. Sie sind völlig eindeutig. Mit ihnen sind nun noch Ansicht englischer politischer Kreise auch die letzten Hindernisse auf eine Verständigung zwischen England und Irland vorläufig geschwunden. Die Voraussetzung für eine solche Verständigung wäre die Vereinigung Ulsters mit Südirland, und die Wahlen haben sehr eindeutig gezeigt, daß eine solche Vereinigung heute undenkbar ist. Sie sind ein Erfolg der konservativen Unionisten, die noch englischer sind als die Engländer selber, und die heute ebenso bereit wären, sich mit der Waffe in der Hand einer Vereinigung mit Südirland zu widersetzen, wie sie kurz vor Ausbruch des Weltkrieges bereit waren, mit allen Mitteln gegen die Gewährung der Selbstverwaltung an Irland vorzugehen. In diesen 24 Jahren hat sich anscheinend nichts in Nordirland geändert.

Das Wahlergebnis ist nicht überraschend gekommen, weder in London noch in Dublin. In beiden Städten wußte man sehr gut, daß etwas weniger als zwei Drittel der Bevölkerung Ulsters gegen eine Vereinigung mit dem Süden sind. In dem Wahlergebnis kommt das nicht ganz zum Ausdruck, denn in vielen Wahlkreisen hatten die Nationalisten und die (extremen) irischen Republikaner vorwiegend darauf verzichtet, bloße Zahlenkandidaten aufzustellen; und selbst da, wo Zahlenkandidaten aufgestellt waren, sind viele Anhänger des Südens zweifellos zu Hause geblieben. Aber auch wenn heute in Nordirland eine Volksabstimmung über die Frage des Anschlusses an Südirland durchgeführt werden könnte, würde das Ergebnis kaum wesentlich anders aussehen als das Ergebnis der Wahlen, die ja den Charakter einer Kundgebung gegen den Anschluß haben sollten und auch gehabt haben. Nach vorläufigen Schätzungen würden von der Bevölkerung Ulsters allerböchstens 27 v. D. für den Anschluß stimmen.

Selbst die Valera dürfte den Querschnitt der Anschlußfreunde in Ulster kaum höher einschätzen. Er und mit ihm fast alle Südirländer vertreten jedoch den Standpunkt, daß die Zahl der Anschlußgegner im Vergleich zu der ganzen Bevölkerung Irlands eine sehr kleine Minderheit sei und die ganze Frage allein aus diesem Gesichtswinkel heraus gelöst werden könnte. Vielleicht wird diese Lösung einmal kommen. Vorläufig ist sie jedoch auf unbestimmte Zeit vertagt. Die englische Regierung kann schon deshalb nicht gegen die in den „demokratischen“ Wahlen zum Ausdruck gekommenen

Österreich erhöht die Militärdienstpflicht auf 1 1/2 Jahre

Das Musterungsalter um ein Jahr herabgesetzt

Wien, 11. Februar.

Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht am Freitag in ihrem Beleg- und Berordnungsblatt einen Erlass zu dem Bundesdienstpflichtgesetz vom Jahre 1936, mit dem die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt wurde. Der Erlass, der auf Grund des Rotverordnungsrechtes der Regierung mit Rücksicht der geltenden Verfassungen verfaßt wurde, ist für die Landesverordnungen von außerordentlicher Bedeutung.

Zunächst einmal wird die Dienstzeit der neu gemusternden Jahrgänge von ein Jahr auf anderthalb Jahre erhöht. Diese Erhöhung gilt sowohl für die zum Dienst mit der Waffe einberufenen jungen Männer, als auch für die minder Tätigen, die zum Dienst ohne Waffe eingesetzt werden. (Letztere erhielten in einer kürzlich erlassenen Verordnung die Bezeichnung „Berufssoldaten“.)

Für die Absolventen der sogenannten Mittelschulen, das sind Gymnasien, Realschulen, Handelsakademien usw., wird die Dienstzeit weiterhin ein Jahr betragen.

Ferner bestimmt die Gesetzesnovelle, daß in Zukunft bereits die 17jährigen gemustert werden sollen, während bisher die Steckerpflicht erst mit dem 18. Lebensjahr begann.

Unaufhaltbarer Geburtenrückgang

Wien, 11. Februar.

Der Geburtenrückgang in Österreich schreitet unaufhaltsam weiter. Nach einem amtlichen Bericht ist zum Beispiel in Niederösterreich die Schullerzahl neuerlich um 1500 gegenüber dem Vorjahre gesunken. Was die politische Einstellung der Mittelschüler betreffe, so erklärt der Bericht weiter, ist eine große Anzahl von Schülern wegen Betätigung für die österreichische Nationalsozialistische Partei im Jahre 1937 beurlaubt worden.

Neue Grenzheute des Auslands

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Februar.

In der Auslandspresse hat eine neue Grenzheute gegen Deutschland eingelebt. Die wildensten Reden von Straßentänzlern in Berlin, Stolz und Hakenstein werden veröffentlicht. Bukarester Zeitungen erscheinen sogar mit der Ueberschrift „Revolution in Deutschland“. Da die Berliner Korrespondenten der ausländischen Blätter sich sehr leicht davon überzeugen können, daß derartige Darstellungen völliger Unfassen sind, so wählen die Auslandsblätter jetzt die neue Form, daß sie sich diese unfassbaren Meldungen „von der Grenze“ neben lassen, oder daß sie von gelegentlichen Mitarbeitern als Verfasser dieser Berichte sprechen.

Es verlohnt im einzelnen nicht, auf diesen Unfassen einzugehen. Man kann nur sagen, daß bei diesen Berichten offenbar der Wunsch der Waier des Gedankens ist. War zu gerne würde man es in gewissen ausländischen Kreisen sehen, wenn die Ruhe in Deutschland gebürt und wenn das nationalsozialistische Deutschland von den gleichen inneren Schwierigkeiten ergriffen würde, unter denen heute so viele „demokratische“ Länder leiden. Schwierigkeiten, die eben durch den Nationalsozialismus überwunden sind. Was offensichtlich messen also diejenigen Blätter, die solchen Unfassen veröffentlichen, die Beziehungen mit dem parlamentarischen Maß

ihres eigenen Landes. Es ist diesen Herrschaften schwer vorstellbar, daß es in Deutschland keine Gruppen und Gruppchen gibt, die sich einander bekämpfen.

Wie unsinnig diese ganze Debatte ist, dafür sei nur ein Beispiel angeführt, nämlich die im Ausland verbreitete Meldung, daß der Führer wegen dieser inneren Unruhen vorzeitig nach Berlin zurückkehren werde. Wie können den ausländischen Blättern verraten, daß der Führer alljährlich die ausländischen Diplomaten zu empfangen pflegt, und daß dieser Empfang seit langem auf den 18. Februar festgesetzt worden ist. Aus Rücksicht auf die ausländischen Berichterstatter kann man aber einen solchen Empfang nicht ohne den Führer stattfinden lassen, so erklärt sich sehr leicht die für das Ausland sensationelle „vorzeitige Rückkehr“ des Führers. Auf ähnlicher Höhe stehen die anderen Uagenmeldungen, auf die näher einzugehen, ihnen allzu große Ehre antun diebe.

Prag Hauptfiliale der Komintern

Warschau, 11. Februar.

Wie die Polnische Telegraphenagentur aus Prag meldet, ist der tschechische Kommunist Gottwald zu einem der fünf Sekretäre der Komintern ernannt worden. Im 1938 plante die Komintern die Schaffung von drei Zentren für ihre Umsturzpläne, und zwar in Prag, Basel und Straßburg. Prag werde die Hauptniederlassung der Komintern in Mitteleuropa sein.



Anton Scherl-Bilderdienst

Das ist die neue Reichslautsprechersäule

Wie bereits angekündigt, werden in den nächsten Jahren überall Reichslautsprechersäulen aufgestellt, um die großen politischen Ereignisse durch Rundfunk überallhin zu verbreiten.

Advertisement for a film titled 'Die Fabel von G KONG' (The Legend of King Kong). It features a large illustration of a gorilla and a woman. Text includes 'Wiederholung dieses unheimlichen Films hat uns vor diesen nochmal in einer Vorstellung' and 'abend, 10:45 abends, 8. Februar'. It also mentions 'hantastischer sensationell' and 'eine Idee von Wallace'.